



Franz Steiner Verlag

MARGARET LAVINIA ANDERSON

Lehrjahre der Demokratie

*Wahlen und politische Kultur
im Deutschen Kaiserreich*



»Die beste, detailreichste und verständlichste Darstellung des politischen Alltags im Deutschen Kaiserreich, die derzeit zu finden ist. Die Studie markiert eine neue Stufe der Erkenntnis über die Praxis und Kultur der öffentlichen Politik eines Volkes im neunzehnten Jahrhundert – nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten europäischen und nordamerikanischen Welt.«

Jonathan Sperber, University of Missouri

Margaret Lavinia Anderson
Lehrjahre der Demokratie

BEITRÄGE ZUR KOMMUNIKATIONSGESCHICHTE

Herausgegeben von Bernd Söseman

Band 22

Margaret Lavinia Anderson

Lehrjahre der Demokratie

Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich

Aus dem Englischen von Sibylle Hirschfeld



Franz Steiner Verlag 2009

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel
Practicing Democracy: Elections and Political Culture in Imperial Germany
© 2000 by Princeton University Press.

Die Übersetzung und Drucklegung förderte
Ehrhardt Bödecker, Berlin.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-515-09031-5

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.

© der deutschen Ausgabe 2009 Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Einbandgestaltung: deblik, Berlin

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Druck: AZ Druck und Datentechnik, Kempten

Printed in Germany

For Jim

Il miglior fabbro

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	11
	Danksagung	19
	Danksagung der Originalausgabe	21
	Anmerkungen zur Lektüre	23
	Verzeichnis der Abkürzungen	25
Teil 1:	Der Rahmen	29
<hr/>		
Kapitel 1:	Einführung	31
	Demokratie und Reichstagswahl	32
	War das Wahlrecht von Bedeutung?	37
	Die Quellen für diese Untersuchung	42
	Zum Aufbau dieses Buchs	44
Kapitel 2:	Die Morphologie der Wahlverstöße: Internationale Vergleiche	52
	Das Ausmaß der Verstöße	53
	Unterschiedliche Formen der Wahlverstöße	56
	Reichstagsverfahren und Beschwerdekultur	62
Kapitel 3:	Offene Geheimnisse	66
	Die Aufseher der Demokratie	68
	Der »Schleier des Wahlgeheimnisses«	77
	Private Wahl, öffentliches Leben	91
	Schlussfolgerung: Die korrekte Wahl	96
Teil 2:	Krautfelder	101
<hr/>		
Kapitel 4:	Schwarze Magie I: Die erste Politisierungswelle	103

	Klerus und Wahlen vor 1871	106
	Der deutsche Nationalismus und der klerikale Nimbus	112
	Die Erfindung des Volkes	118
	Die Gesetzgeber reagieren: 1871–1876	126
	Die Jesuitenfurcht und die Mobilmachung des Klerus	132
	Zäsur	140
Kapitel 5:	Schwarze Magie II: Fest im Glauben stehen	145
	»Kaplanokratie«	147
	Autorität und Widerspruch	157
	Solidarität: Das Milieu, katholische Frauen und »Stimmzettelkatholiken«	165
	Nach 1900: Das Gespenst der klerikalen Wahlbeeinflussung geht wieder um	176
	Schlussfolgerungen: Klerikaler Einfluss und Demokratie	194
Kapitel 6:	Brotherren I: Die Junker	199
	Die Herren der Menschheit	204
	»Zustimmendes Wählen« und Vergleiche mit Großbritannien	216
	Die Junker und der Staat	222
	Wie mächtig der Junker? Konkurrenz durch Sozialdemokraten, Antisemiten und den Bauernverband	230
	Im Osten nichts Neues	247
Kapitel 7:	Brotherren II: Meister und Industrielle	252
	Die Stimme ihres Herrn	252
	Die Allgegenwart des Drucks der Arbeitgeber	260
	Im Reich der Schlotbarone	268
	Alfred Krupp und die Bilanzen	275
	Internationale Perspektiven	281
	Das Strafgesetzbuch ändern? Die Rinteln-Anträge von 1886	289
Teil 3:	Grade der Freiheit	297
Kapitel 8:	Die Entmachtung der Autoritäten	299
	Die geheime Wahl und der Kampf um die Macht des Reichstags	301
	Die Wahlrechtsreformen von 1903	310
	Die Geographie des Dissens	321
	Ökonomische Rationalität ist keine Einbahnstraße	327
	Die Versicherung des Wählers	331
Kapitel 9:	Die Einhaltung der Spielregeln	340
	Die Spielregeln	342

Der Sieg über das Sozialistengesetz	350
Die Macht der »Wahlzeit«	353
Die Regeln der öffentlichen Rede	360
Kapitel 10: Zugehörigkeit	373
Konformität	373
Gemeinschaft verpflichtet	379
Ausstoß	384
Boycott	388
Die Unterminierung der Regeln: Wahlkreisschiebung von unten	400
Wer ist mein Nachbar? Die imaginierte Gemeinschaft und die Forderung nach dem Verhältniswahlrecht	407
Kapitel 11: Organisation	418
Stimmzettel, Diäten und Freifahrten	419
Maschinenarbeit	431
Die Erziehung der Wähler	438
Das große Geld, die Partei und der Neo-Korporativismus	451
Die Berufspolitiker	469
Kapitel 12: Schlussfolgerungen	478
Schwache Regierung, starker Staat: die Paradoxien der Amtsmacht	479
Hierarchie, Gemeinschaft und Wettbewerb	496
Die Lehrlinge der Demokratie	501
Gewöhnung	509
Vermächtnisse	513
Abbildungsverzeichnis	523
Literatur	525
Personenregister	549
Ortsregister	555
Sachregister	559

Vorwort

Demokratisierung und Partizipation im Deutschen Kaiserreich

Eine Amerikanerin in Deutschland

Offensichtlich ist das Englische doch noch nicht zur neuen Lingua franca geworden. Anderenfalls wäre nicht zu verstehen, weshalb die im kleinen internationalen Kreis der Fachkenner umgehend beachtete und überaus positiv aufgenommene Studie der Amerikanerin Margaret Lavinia Anderson »Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany« (Princeton University Press 2000) in den deutschen Geschichts- und Kultur-, Politik- und Sozialwissenschaften nicht umfassend rezipiert wurde. Die an der University of California in Berkeley lehrende Wissenschaftlerin war im Erscheinungsjahr mit ihrer Biographie des Zentrums politiklers Ludwig Windthorst (Oxford 1981; dt.: Düsseldorf 1988) und mit weiteren Arbeiten zur amerikanischen und deutschen Geschichte längst international bekannt. Im letzten Jahrzehnt vor der Veröffentlichung hatten rund zwanzig Monographien und Sammelbände zum Kaiserreich Beachtung gefunden. Es sind die Bücher von Karl Rohe und Thomas Nipperdey aus dem Jahr 1992, 1994 waren es Thomas Kühne, 1995 Simone Lässig (u. a.), Dieter Langewiesche / Lothar Gall und Hans-Ulrich Wehler (Gesellschaftsgeschichte III), 1996 James Retallack, Roger Chickering und Christoph Nonn, 1997 Jonathan Sperber und Brett Fairbairn, 1999 Hans-Peter Ullmann sowie 2000 Lothar Gall. Trotz dieser Fülle genügte das gezeichnete Gesamtbild qualitativ offensichtlich nicht. Denn der Politikwissenschaftler Patrick Horst urteilte 2001 in einer Rezension (Zeitschrift für Parlamentsfragen, S. 456), die »ungeheim facettenreiche und lebendige Wahlkampfkultur [...] immer noch unzu-

reichend erforscht«, und begrüßte Margaret Andersons Buch ähnlich wie Andrew G. Bonnell (Australian Journal of Politics and History 48 [2002], S. 135) als das umfassendste, perspektivenreichste und urteilsreifste Bild über die Wahlkampfkultur im Deutschen Kaiserreich.

Worum handelt es sich?

Im Mittelpunkt der detailreichen Untersuchungen von Margaret Anderson stehen mehrere große Themen und Fragen, die sich direkt auf die Wahlpraxis beziehen. Das egalitäre und individualistische Wahlrecht des Norddeutschen Bundes von 1867 hatte sich vier Jahre später von Bismarck trotz konservativer und nationalliberaler Bedenken in die Verfassung des Deutschen Reich unverändert einfügen lassen. In welchem Umfang und Sinn, mit welcher Intensität und Wirkung hat, so fragt die Autorin, die Einrichtung dieses Wahlrechts die demokratische politische Kultur im Kaiserreich geprägt? Haben wir es alle drei Jahre im Reich und zwischendurch bei den Landeswahlen lediglich mit politisch bedeutungsarmen Ritualen zu tun? Margaret Anderson holte sich konzeptionelle Anregungen von den Politologen Dankwart Rustows und Adam Przeworski. Danach seien demokratisches Denken und die daraus resultierenden Verhaltensweisen Elemente eines vielschichtigen politischen Lern- und – wie man präzisierend hinzufügen sollte – öffentlichen Kommunikationsprozesses. Die von Margaret Anderson umsichtig und breit dokumentierte Praxis des Wählens beruht auf einer überzeugenden Interpretation großer Quellenbestände aus allen Regionen und politischen Gruppierungen. Zu den Medien zählen die zeitgenössische Pamphletistik, Tageszeitungen und Zeitschriften, stenographische Berichte des Reichstags und im hohen Umfang die Debatten über die Resultate der vom Reichstag 1876 eingesetzten Wahlprüfungskommissionen. Von ihnen sagt Margaret Anderson – und ihre Worte lassen die Begeisterung einer Wissenschaftlerin ahnen, die ihre Leser an den Entdeckungen auch emotional teilhaben lassen möchte –, sie seien die beste Quelle für das tatsächliche Empfinden der Wähler. Aus diesen Quellen ließen sich die Einstellung des Reichstags, der Parteien und Gruppierungen, der Vereine und Gesellschaften im Wandel der Jahrzehnte ebenso erkennen wie die Methoden der Werbung im jeweiligen Wählerklientel sowie die Organisation, Publizität und Wirkungsmächtigkeit der Wahlkämpfe. Die Dokumente seien nicht leicht zu interpretieren, denn sie widersetzten »sich einer thematischen Ordnung, während gleichzeitig ihre Konkretheit uns zu einem Gefühl von Gewissheit verleitet, das Historikern selten gewährt wird. Dieser Versuchung habe ich mich zu widerstehen bemüht«, denn auch derartige lebensnahe und suggestive Dokumente seien stark interessengeleitet und auf eine bestimmte Weise »tendenziös«. Höchste quellenkritische Ansprüche müssten an sie gestellt werden.

Ihre Argumente und Erkenntnisse trägt sie anschaulich und auf hohem Niveau vor. Die klare und detaillierte Gliederung, die Strukturierung der Darlegungen durch Leitfragen und eine Fülle prägnant dargebotener Beispiele erleich-

tern das Verständnis. Den Oppositionsparteien, insbesondere den Sozialdemokraten, gelang es demnach trotz der offenkundig autoritären gesellschaftlichen Strukturen des Kaiserreichs und trotz wiederholter Versuche amtlicher oder privater Wahlbeeinflussungen bereits früh und dann im Verlauf der Jahrzehnte immer entschiedener, politisch erfolgreich zu agieren. Die gut belegte Begründung von Margaret Anderson lautet: Die Wahlen und öffentlichen Veranstaltungen trugen zu einem intensiven Lernerfolg auf politischem Feld bei (»educational experience«). Die häufige Erfahrung des Wahlkampfes und Wahlakts habe die Akzeptanz der Demokratie gestärkt. Immerhin fand in Bayern durchschnittlich alle zwei Jahre eine Reichs- oder Landswahl statt, in Preußen sogar alle 21 Monate. Eine Wahlbeteiligung von über 80% war nicht selten. Die Parteien und politischen Gruppierungen setzten sich mit ihren Gegnern zumeist ernsthaft inhaltlich auseinander. Abweichende Positionen wurden grundsätzlich akzeptiert. In der Regel führte man offene Debatten und nutzte kreativ ein breites Aktionsspektrum für die Propagierung von Ideen und Programmen. Dazu zählten die parlamentarischen Debatten und Petitionen, die persönliche Attacke im Plenum und Demonstrationen auf der Straße, öffentliche Reden und Broschüren, Flugblätter und Plakate. Die im europäischen Maßstab hohe Wahlbeteiligung beweist, dass sich die Deutschen in der Epoche fortschreitender Verstärkung und Anonymisierung des öffentlichen Lebens engagiert und gut informiert am politischen Leben beteiligt und mit dem System weitgehend identifiziert haben. Im Gegensatz zu den von der Autorin herausgearbeiteten Erkenntnissen stehen die von etlichen Historikern und Politologen vertretenen Auffassungen, nach denen das demokratische Potential des Kaiserreichs gering gewesen sei. Mitunter habe sie bei der Lektüre jener Bücher, bekennt Margaret Anderson, den ihr paradox erscheinenden Eindruck gewonnen, das allgemeine Wahlrecht dürfe nicht zu den Triumphen gezählt werden, sondern vielmehr zu den Hindernissen auf Deutschlands Weg zur Demokratie.

Margaret Anderson hat sich auf die Erörterung jener Phänomene konzentriert, die politische Mentalitäten und die Alltagskultur im deutschen Verfassungsstaat geprägt haben, ohne sich bei aller Detailfülle in einer mikrohistorischen Unübersichtlichkeit zu verlieren. Sie geht ausführlich darauf ein, wo und mit welchen Konsequenzen das Wahlrecht der Bürger eingeschränkt wurde – ohne zu übersehen, dass der Staat selbst keinen Einfluss nahm oder die Wahlen manipulierte. Sie beschreibt eine nationale politische Kultur, indem sie die offiziellen Beschwerden in den Mittelpunkt stellt, ohne außer Acht zu lassen, dass in den Akten der Wahlprüfungskommissionen Sachverhalte häufig um des Effekts willen dramatisiert worden sind. Im westlichen Ausland fanden Tumulte und Krawalle in wesentlich größerer Zahl statt; dabei zeigte sich auch eine geringere Sensibilität gegenüber Wahlverstößen und Delikten wie Bestechung oder Betrug. Die Kenntnisse und das Verständnis der parlamentarisch-demokratischen Prinzipien waren in Großbritannien oder Frankreich keineswegs größer als im Deutschen Reich. Wie sehr dem Wahlrecht eine »Erziehungsfunktion« in der deutschen Gesellschaft zukam, zeigen die Rezeption der Dreyfus-Affäre und der Rückgang des Antisemitismus in Deutschland nach der Jahrhundertwende.

Wie urteilen die Fachkollegen?

Die meisten der renommierten Rezensenten sind wie Roger Chickering, Georgetown University, von ihren Ergebnissen hoch angetan. Er weist in seiner Besprechung (*American Historical Review* 106, Nr.3 [Juni 2001], S. 1070f.) zu Recht darauf hin, dass die akribische Untersuchung die Hoffnung all derer zunichte macht, die glaubten, die Debatte über die »Modernität« des deutschen Kaiserreichs sei abgeschlossen. Margaret Anderson präsentiert nicht nur eine ausreichende Fülle neuer Anregungen und Gesichtspunkte im Einzelnen, sondern sei auch originell, wenn es um die Interpretation von bereits Bekanntem gehe. Auf diese Weise ergänze ihr Buch – »a powerfull, challenging piece of scholarship« (S. 1070) – Jonathan Sperbers Analysen der Reichstagswahlen (»The Kaiser's voters. Electors and Elections in Imperial Germany«, Cambridge 1997). Ihre Arbeit stelle ein wichtiges Gegenstück zur Studie von Thomas Kühne über die Rechte des Wählers dar (»Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen, 1867–1914«, Düsseldorf 1994). Margaret Anderson habe eine Fülle von Quellen (»breathhtaking arsenal of sources«) ausgewertet und diese in ansprechender und lesbarer Form präsentiert. Chickering ist sich deshalb sicher, dass das Werk zu einer inhaltlichen Präzisierung und schließlich zur kritischen Revision der Verallgemeinerungen führen werde, die zur Ausübung des Wahlrechts im deutschen Kaiserreich häufig vertreten worden seien. Außerdem stärke der systematisch angelegte und konsequent durchgehaltene Vergleich des deutschen Wahlsystems mit dem anderer Staaten wie Frankreich, England und den USA die Argumente, die gegen die Annahme einer andersartigen Entwicklung in Deutschland angeführt würden.

In jüngster Zeit hat Hartwin Spenkuch (»Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des ›deutschen Sonderwegs‹«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29, 2,[2003], S. 262–293) die inzwischen von der internationalen Forschung als überholt ad acta gelegte Ansicht vom einem deutschen Sonderweg in modifizierter Form wiederbelebt. Auf den vier Ebenen Verfassung und Verwaltung, Monarch und Adel, Parteien und politische Kultur, Militär und Politik erkennt er besondere Entwicklungszüge der Geschichte Preußens. Doch neigt er dabei dazu, die Schwäche bürgerlicher Schichten, die Beharrungskräfte in der Verwaltung, den Initiativenmangel in den Führungsschichten und die Stärke vorindustrieller Gruppierungen überzubetonen.

Margaret Andersons Werk besticht durch ein hohes Differenzierungspotential und eine selbstkritische Grundeinstellung, die eine Gewähr gegen Blickverengungen und Schematismus bei der Darstellung der preußisch-deutschen Geschichte bietet (»revolts formidably against the mystification of Germany's ›special path‹«). In welchem Umfang ihre Erkenntnisse zur Klärung grundsätzlicher Fragen beitragen, zeigt sich, wenn man wie Ewald Frie nach der »Modernität« des Kaiserreichs fragt. Der Tübinger Historiker weist in seiner Einführung (»Das Deutsche Kaiserreich. Kontroversen um die Geschichte«,

Darmstadt 2004) unter anderem darauf hin, dass die Entwicklungen in den westeuropäischen Staaten keineswegs so »demokratisch« verlaufen seien, wie Hans-Ulrich Wehler, Heinrich August Winkler und Jürgen Kocka meinen annehmen zu können. Er verweist auf die Streitschriften von David Blackbourn, Geoff Eley, Richard J. Evans, Robert G. Moeller und James J. Sheehan über die »Mythen deutscher Geschichtsschreibung« (Frankfurt am Main 1980) mit ihren verklärenden Annahmen über nicht-deutsche Verhältnisse. In Anlehnung an John Breuilly (»Labour and Liberalism in Nineteenth-Century Europe. Essays in Comparative History«, Manchester 1992) diagnostiziert er für Preußen einen unvollständigen Modernisierungsprozess (»Reaktionsbereitschaft« und »bürokratische Reformverweigerung«).

Was bleibt festzuhalten?

Obwohl Gerhard A. Ritter (»Die Reichstagswahlen und die Wurzeln der Demokratie im Kaiserreich«, in: Historische Zeitschrift 275 [2002], S. 385–404) ebenso wie zuvor schon Brett Fairbairn in der Zeitschrift »German History« Margaret Andersons Buch als das beste über die Reichstagswahlen und die politische Kultur vor 1918 gepriesen haben (»The book is exemplary for how history ought to be written«), besteht bis heute ein Rezeptionsdefizit. Gerhard A. Ritter hebt hervor, wie unerlässlich für diese Thematik und Konzeption entsprechende Kenntnisse zur Geschichte Europas und seiner Wahldemokratien im industriellen Zeitalter sind, wenn eine Analyse überzeugen soll. Die Hauptverdienste von Margaret Anderson bestünden in der Entmystifizierung des Wahlrechts durch den europäischen Vergleich, in dem Nachweis demokratischer Verhaltensweisen im Kaiserreich und damit in der Offenlegung der sehr vitalen Ursprünge von Demokratie. Die Autorin kläre nicht allein darüber auf, in welchem Umfang die Reichsverfassung und Wahlordnung die Mitwirkungsrechte der Wähler garantiert habe, sondern könne auch zeigen, in welchem Ausmaß staatliche Verwaltungen, die Kirchen, industrielle Arbeitgeber oder auch Gruppenzwänge die Freiheit eingeengt hätten. Der Reichstag sei kein Feigenblatt gewesen. Es sei es den Verbänden nicht gelungen, die Parteien zu kontrollieren. Die finanzielle Absicherung (Diäten) habe die Positionen der Abgeordneten und ihrer Wähler ebenso gestärkt wie die Sicherung der Vertraulichkeit, Freiheit und Unabhängigkeit (Wahlkabine, Briefkuvert für die Stimmabgabe) sowie die »Juridifizierung politischer Konflikte«. Unter diesen Bedingungen konnte die Sozialdemokratie trotz der schweren und gut zwölfjährigen Behinderungen durch das Sozialistengesetz ihre Abgeordnetenzahl verdreifachen und bereits 1890, also schon lange vor der umfassenden Reform des Wahlverfahrens im Jahre 1903, zur stärksten Partei aufsteigen.

Im Kaiserreich ist Deutschland demokratischer geworden. Das Deutsche Reich hat sich in der Ausnahmesituation des Weltkrieges nicht mehr zu einem parlamentarischen Staatswesen weiterentwickeln können, obwohl der Reichstag mit seinem auf Parlamentarisierung drängenden »Interfraktionellen Aus-

schuss« und die Oktoberreformen unter dem Reichskanzler Max von Baden bewusst an die Erfahrungen eines demokratischen Handelns angeknüpften. Die Deutschen haben ihre eigene Legalität an westeuropäischen Maßstäben gemessen und bewertet. Nicht die Ansicht über einen »Sonderweg« lässt sich also aus den Entwicklungen im deutschen Kaiserreich gewinnen, sondern vielmehr die Einsicht, dass es einen breiten und bereits vor 1914 kräftig entwickelten Wachstumsprozess demokratischen Denkens und parlamentarischen Handelns gegeben habe. Er wurde durch die militärischen und politischen, sozialen und moralischen Verheerungen in den Kriegsjahren nach 1914 erheblich gestört. Da sie für zahlreiche der folgenden Retardierungen und Depravierungen vorrangig verantwortlich zu machen sind, sollte umso stärker auf die Entwicklungsprozesse von Demokratisierung und Parlamentarisierung im Kaiserreich hingewiesen werden, deren Fortsetzung dieser Krieg blockierte (Ian D. Armour, in: *The English Historical Review* 116 [Nov. 2001], S. 1293f.). Die Entwicklung im deutschen Kaiserreich repräsentiert folglich keine historische Anomalie; die Referenzwerte sind vielmehr europäisch (Joachim Scholtzseck, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54 [2003], S. 523f.).

Die deutsche Veröffentlichung

Mit diesem Buch wird der wiederholt und nachdrücklich geäußerte Wunsch nach einer Übersetzung der Studie von Margret Anderson ins Deutsche erfüllt. Die finanzielle Förderung der Arbeiten durch Ehrhardt Bödecker, Berlin/Wustrau, ließ diese schwierige Aufgabe gelingen. Das Geleistete spricht zwar für sich, doch möchte ich die präzise und umsichtige Übersetzung von Sibylle Hirschfeld besonders hervorheben. Der Übersetzerin ist es in beeindruckender Weise gelungen, die sorgfältige Differenziertheit des Textes mit seinen besonderen Nuancierungen bei den Fachtermini im Deutschen adäquat wiederzugeben.

Sämtliche von Frau Margaret Anderson ins Amerikanische übertragenen deutschen Zitate wurden nicht rückübersetzt, sondern als Originalzitate aufgenommen. Einige kleinere Versehen konnten dabei korrigiert werden.

Die Erfahrung lehrt, dass es keineswegs selbstverständlich ist, dass eine Übersetzung so aufwändig vorgenommen und von einem Verlagslektorat professionell betreut wird. Hierfür danke ich in freundschaftlicher Verbundenheit dem Mäzen ebenso herzlich wie dem mir in nahezu zwei Jahrzehnten gemeinsamen Interesses an den »Beiträgen zur Kommunikationsgeschichte« zum verlässlichen Ratgeber gewordenen Verleger, Herrn Dr. Thomas Schaber. Für uns war das Buch, das »nach den Wurzeln der Demokratie in Deutschland« fragt (Ritter, l.c., S. 385) »in all events, a major achievement. It will require a rethinking of many easy generalizations (Chickering, l.c., S. 1071). Der Autorin und ihre bahnbrechende Studie (»pathbreaking work«, Helmut Walser Smith) über das »Maß der Freiheit« und die Partizipation in der deutschen Gesellschaft, ist zu wünschen, dass sie nunmehr eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit und die ihr angemessene Resonanz finden werde. Der demokratische Neubeginn

nach der nationalsozialistischen Diktatur entstand nicht bar jeglicher Kontinuität in einer »Stunde Null«. Er gründete sich auch nicht ausschließlich auf die Freiheiten des Wählens in der Weimarer Reichsverfassung und denen in den westalliierten Besatzungszonen. 1949 konnte der freie Teil Deutschlands auf noch ältere demokratische Gepflogenheiten zurückblicken. Neben den wenigen Monaten in der Revolution von 1848/49 waren dies fast ein halbes Jahrhundert Wahlfreiheit und die praktizierte Demokratie im Kaiserreich.

Bernd Sösemann, Rom im April 2009

Danksagung

Zusätzlich zu all den Kollegen, deren Hilfe für die amerikanische Ausgabe so wichtig war, möchte ich noch denen danken, die die deutsche Übersetzung ermöglicht haben: Professor Bernd Söseman, der dem Franz Steiner Verlag als erster die Übersetzung vorschlug; Frau Regine Sühling, Bibliothekarin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, die für mich auch die schwierigsten Quellenangaben der deutschen Zitate fand, Professor Gerhard A. Ritter und James Retallack, die mir viele Errata der amerikanischen Ausgabe zukommen ließen; Professor Andrej Makovits und Professor Thomas Kühne, die mir Zusammenhänge und Vorgänge übersetzten, die sich nur schwer von einer Kultur auf eine andere übertragen lassen; Albert Wu und Daniela Blei für ihre wissenschaftlichen Recherchen; Hans Magnus Enzensberger für seinen Titelvorschlag der deutschen Ausgabe von *Practicing Democracy*; Dr. Dagmar Deuring und Susanne Henkel für ihre aufmerksame Lektüre der Übersetzung und vor allem natürlich meiner Übersetzerin Sibylle Hirschfeld, deren Sorgfalt auch die Überprüfung jeder einzelnen Fußnote beinhaltete und die dieses Buch vor vielen Fehlern bewahrte.

Danksagung

(Originalausgabe)

Dieses Buch verdankt zahlreichen Menschen über eine lange Zeit hinweg derart viel, dass die Freude, ihnen allen zu danken, ein wenig durch die Sorge getrübt wird, dass ich jemanden vergessen haben könnte.

Mein Dank gilt zuallererst dem National Endowment for the Humanities für ein Sommerstipendium sowie die weitere finanzielle Förderung während eines vollen akademischen Jahres, dem Swarthmore College und der University of California zu Berkeley für ihre Unterstützung meiner Forschungen; ferner Stephen Lehman, der jetzt an der Bibliothek der University of Pennsylvania arbeitet, den Mitarbeitern der Staatsbibliotheken in Berlin und München, Gesine Bottomley vom Wissenschaftskolleg und Eleanore Liedtke von der Bibliothek der Theologisch-Pädagogischen Akademie in Berlin, Gotthard Klein, dem Direktor des Diözesanarchivs Berlin, und insbesondere den Archivaren des Bundesarchivs an ihren früheren Standorten in Potsdam und Merseburg, die mir gestatteten, ihre Sammlungen selbst dann noch zu benutzen, als sie bereits damit beschäftigt waren, diese für den Umzug vorzubereiten; Dr. Andreas Daum vom Deutschen Historischen Institut in Washington, der diese Akten erneut für mich aufspürte, nachdem sie an den neuen Sitz des Bundesarchivs in Lichterfelde und an das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verbracht worden waren, sowie den Mitarbeitern dieser Einrichtungen, die mir halfen, die neuen Signaturen herauszufinden.

Ich danke dem Dietz-Verlag in Berlin für die Erlaubnis, die Karten der Abbildungen 5 und 6 abzdrukken, und dem Institute of Latin American Studies an der University of London, meinen Aufsatz „Clerical Election Influence and Communal Solidarity. Catholic Political Culture in the German Empire, 1871–

1914, in: *Elections Before Democracy. The History of Elections in Europe and Latin America*“, London 1996, hrsg. von Eduardo Posada-Carbó, teilweise erneut abzdrukken.

Besonderen Dank schulde ich Jonathan Sperber, der mir die Fahnenabzüge seines eigenen Buches über Wahlen zusandte, Helmut Walser Smith, der mir großzügig seine Kopien des Materials aus dem Generallandesarchiv in Karlsruhe und dem Landesarchiv in Koblenz zur Nutzung anbot, und Dr. Josef Hamacher in Haselünne, bei dem ich Tee und Zuspruch bekam, und der mir seine umfangreiche Dokumentensammlung aus dem Niedersächsischen Staatsarchiv Osnabrück, Kopien von Windhorst-Briefen, die sich jetzt in Privatbesitz befinden, sowie Kopien seiner eigenen Forschungen zur Verfügung stellte.

Für bibliographische Hinweise und sonstige Hilfe danke ich Benjamin Lazier, Michael Printy, Daniel K. Rolde, Julia Schneeringer und Jonathan Sheehan. Gerhard A. Ritter äußerte deutliche Kritik an einer früheren Konzeption dieses Buchs. Hans-Ulrich Wehler bemühte sich, mich auf dem Laufenden zu halten, indem er mir neuere Arbeiten aus der Bundesrepublik zusandte. Kenneth D. Barkin, Henry A. Turner und Vernon Lidtke lasen das gesamte Manuskript und gaben wichtige Anregungen. All die Jahre über, in denen ich an diesem Buch schrieb, haben Josef und Ruth Becker mich mit ihrer Freundschaft und mit unablässiger Unterstützung begleitet. Schließlich bin ich vier Menschen zu ganz besonderem Dank verpflichtet: Lisa Fetheringill Swartout und Chad Bryant in Berkeley, deren Intelligenz und Spürsinn scheinbar aussichtslose Probleme lösten und dieses Buch davor bewahrten, ein weiteres Jahrzehnt zu beanspruchen, Marcus Kreuzer von der Villanova University, der mehrere Kapitel gründlich durchforstete, und dessen brieflichen Lektionen ich das wenige verdanke, was ich von der Politikwissenschaft verstehe, sowie meinem Mann James J. Sheehan von der Stanford University, der sich viele Male einen Weg durch das Dickicht meiner Forschungen bahnte und dabei stets den roten Faden fand.

Anmerkung zur Lektüre

»Liberal« mit kleinem »l« bezeichnet sowohl die politische Überzeugung, als auch liberale Parteien im Allgemeinen sowie einzelne Kandidaten, für die eine genaue Parteizugehörigkeit unmöglich festzustellen ist.

»Liberale«, groß geschrieben, steht als Kurzform für die Nationalliberalen resp. die Nationalliberale Partei (1867–1918).

»Linksliberale« bezieht sich auf die folgenden Parteien, einzeln oder kollektiv: die Süddeutsche Volkspartei (1848–1910); die Deutsche Fortschrittspartei (1861–1884), die Secession der Nationalliberalen – später in Liberale Vereinigung umbenannt (1880–1884), die Deutsche Freisinnige Partei (auch Freisinnige oder Freisinn genannt, die im März 1884 aus einer Union der Deutschen Fortschrittspartei und der Liberalen Vereinigung hervorging und bis 1893 bestand), die Freisinnige Volkspartei (die Anhänger Eugen Richters: 1893–1910), die Freisinnige Vereinigung (1893–1910), sowie die Fortschrittliche Volkspartei (1910–1919).

»Konservative« groß geschrieben bezieht sich auf die Deutsch-Konservative Partei (1876–1918); klein geschrieben schließt es die Reichspartei ein, die hier bei ihrem gebräuchlicheren preußischen Namen, die freikonservative Partei (1866–1918), genannt wird, oder steht für die politische Überzeugung im Allgemeinen.

»Antisemiten«/»antisemitisch« bezieht sich, falls nichts anderes vermerkt ist, auf die verschiedenen antisemitischen Parteien.

»Sozialisten«/»sozialistisch« und »Sozialdemokraten«/»sozialdemokratisch« benutze ich austauschbar, aber SPD nur nach 1891, als dies zum offiziellen Parteinamen wurde.

Um einer Verwechslung mit ihrer Position im politischen Spektrum vorzubeugen, nenne ich die Zentrumsparterie (ab 1870) bei ihrem damaligen Namen: »Zentrum«.

»Provinz Sachsen« und »Provinz Hessen« bezeichnen preußische Provinzen im Gegensatz zum Königreich Sachsen und dem Großherzogtum Hessen, die eigene Bundesstaaten waren. »Hessen« bezieht sich auf beide Gebiete Hessens.

Um Platz zu sparen, enthalten Titel in den Fußnoten, die auch in der Bibliographie erscheinen, nur das erste Nomen.

Verzeichnis der Abkürzungen

Im Plural und in sämtlichen Deklinationsformen bleiben die Abkürzungen unverändert.

AA	Auswärtiges Amt
AnlDR	Anlageband des Deutschen Reichstags
APSR	American Political Science Review
BAB-L	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAT	Bistumsarchiv Trier
BB	Bauernbund
BdL	Bund der Landwirte
BK	Bonifacius-Kalender
Bl.	Blatt
BR	Bundesrat
BrZ	Breslauer Zeitung
BT	Berliner Tageblatt
CEH	Central European History
CV	Centralverband deutscher Industrieller
DA	Deutsches Adelsblatt
Dep.	Depositum
DFP	Deutsche Fortschrittspartei
DGZ	Deutsche Gemeindezeitung
DN	Dresdner Nachrichten
DNJ	Das Neue Jahrhundert
DS	Drucksache
DZJ	Das Zwanzigste Jahrhundert
EL	Elsaß-Lothringen

Els.	Elsaß-Partei
F	vor März 1884: Fortschrittspartei, März 1884–Juni 1893: Freisinn oder Freisinnige Partei
Frhr.	Freiherr
FK	Freie Konservative (Reichspartei)
FrankZ	Frankfurter Zeitung
FrVP	Freisinnige Volkspartei
FrZ	Freisinnige Zeitung
FtVp	Fortschrittliche Volkspartei
GA	Görlitzer Anzeiger
Geh. RR	Geheimer Regierungsrat
GG	Geschichte und Gesellschaft
GLA	Generalarchiv Karlsruhe
GSR	German Studies Review
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
GW	Bismarck: Die gesammelten Werke
HA	Hauptabteilung
HJ	Historical Journal
HVZ	Hagener Volkszeitung
HZ	Historische Zeitschrift
HZtg	Hallische Zeitung
IM	Innenminister
JIH	Journal of Interdisciplinary History
K	Konservative, Konservative Partei, Deutschkonservative Partei
KölnZ	Kölnische Zeitung
KrZ	Kreuz-Zeitung
KVb	Katholischer Volksbote
KVZ	Kölnische Volkszeitung
LBIY	Leo Baeck Institute Yearbook
LHAK	Landeshauptarchiv Koblenz
LL	Linksliberale (als Oberbegriff gebraucht)
LP	Legislaturperiode
LR	Landrat
LRA	Landratsamt
LT	(Preußischer) Landtag
LV	Liberale Vereinigung
MdI	Innenministerium
MK	Märkisches Kirchenblatt
ND	Nationaldemokraten (radikale polnische Nationalisten)
NDB	Norddeutscher Bund
NL	nationalliberal, Nationalliberale
OBM	Oberbürgermeister
OP	Oberpräsident

ORR	Oberregierungsrat
o.S.	ohne Seitenangabe
o.T.	ohne Titel
P	Polenpartei
PVB	Preußisches Verwaltungsblatt
RdI	Reichsamt des Innern
RefP	Reformpartei (antisemitisch)
Reg.-Bez.	Regierungsbezirk
Rep.	Repositur
RJA	Reichsjustizamt
RKA	Reichskanzleramt
RP	Regierungspräsident
RR	Regierungsrat
RT	Reichstag
SaaleZ	Saale-Zeitung
SAO	Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück
SBDR	Stenographische Berichte des deutschen Reichstages
SBHA	Stenographische Berichte des Hauses der Abgeordneten
SBNDR	Stenographische Berichte des Norddeutschen Reichstags
SchlZ	Schlesische Zeitung
S-H	Schleswig-Holstein
SD	Sozialdemokrat(en), sozialdemokratisch, bis 1891: Sozialist(en), sozialistisch
SM	Staatsministerium, vor einem Namen: Staatsminister
SS	Staatssekretär
SSdI	Staatssekretär des Innern
SVZ	Schlesische Volkszeitung
TLS	The Times Literary Supplement
US NA	US National Archives, Washington D.C.
VossZ	Vossische Zeitung
VP	Volkspartei
VS	Victorian Studies
W	Welfenpartei
WPK	Wahlprüfungskommission
Z	Zentrum
Ztg	Zeitung

